

Liberale Hochschulpolitik

Beschlossen : Außerordentlicher Landesparteitag am 28. November 2009 in Wilhelmshaven : 28.11.2009

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Liberale Hochschulpolitik orientiert sich an jedem einzelnen Studierenden. Der Maßstab für gute Hochschulpolitik ist für uns nicht nur die Zahl der Studierenden, sondern die Qualität ihres Studiums. Neben der wissenschaftlich akademischen Arbeit werden die Hochschulen die Aufgabe haben, sich stärker den Schulen, dem Berufsleben und Fort- und Weiterbildungseinrichtungen zu öffnen. Die Hochschulen übernehmen eine zentrale Rolle bei der Verwirklichung des lebenslangen Lernens.

Liberale Politik für Studierende orientiert sich nicht nur an formalen Zugangsvoraussetzungen, sondern an dem Grundsatz: Jeder, der kann und will, kann studieren! Wir setzen auf eine Hochschulpolitik, in der Leistung anerkannt und gefördert, wird unabhängig von der sozialen Herkunft.

Erhebung von Studienbeiträgen

Die Einnahmen durch Studienbeiträge leisten schon heute einen Beitrag zur Verbesserung der Lehre. Durch sie werden Studierende zu Kunden der Hochschule, die einen Anspruch auf effektivere und transparentere Verwendung der von ihnen gezahlten Beiträge haben. Studienbeiträge sollen jedoch niemanden, der die Voraussetzungen mitbringt und auch studieren möchte, aus finanziellen Gründen vom Studium abhalten.

Deswegen haben die Studierenden das Wahlrecht, die Studienbeiträge direkt oder über ein Studienbeitragsdarlehen nachgelagert zu zahlen. Mit dem nachgelagerten Modell bekennt sich die FDP Niedersachsen dazu, dass niemand aus finanziellen Gründen vom Studium abgehalten werden darf.

Allerdings bieten Studienbeiträge in Niedersachsen wegen ihrer zentral festgelegten Einheitshöhe von 500 Euro pro Semester keinen Anreiz zum Wettbewerb um attraktive Studienkonzepte zwischen den Hochschulen, sondern stellen faktisch eine Kopfsteuer für jeden Studierenden dar. Die FDP Niedersachsen bekräftigt ihre Forderung, die Erhebung und Höhe von Studienbeiträgen in das Ermessen jeder einzelnen Hochschule zu stellen. Das Land Niedersachsen soll nur eine Höchstgrenze für Studienbeiträge festlegen.

Verwendung der Studienbeiträge

Bereits jetzt können die Hochschulen die Studienbeiträge in autonomer Entscheidung zur Verbesserung der Studienbedingungen nutzen. Dies schließt die Beschäftigung zusätzlichen Lehrpersonals ein. Die FDP fordert, bei den Hochschulen nachdrücklich für die Einrichtung von zusätzlichen Professuren zu werben, die aus Studienbeiträgen finanziert werden und zur Verbesserung des akademischen Lehrangebotes bei unveränderter Zahl der Studienplätze beitragen.

Studienfinanzierung

Das System des BAFöG muss dahingehend reformiert werden, dass eine einkommensabhängige Rückzahlung möglich ist.

Förderung leistungsstarker Studierender

Die FDP Niedersachsen spricht sich für ein bundesweites Förder- und Stipendienprogramm unter Beteiligung der Privatwirtschaft aus, das für die leistungsstarken Studierenden sowohl die Studienbeiträge als auch die allgemeinen Lebenshaltungskosten übernimmt. Die Ziele des Koalitionsvertrages der neuen Bundesregierung in der Frage der Studienförderung (Zeilen 2598-2610) teilen wir ausdrücklich und fordern mit Nachdruck deren rasche Umsetzung.

Studienplatzvergabe

Das zentralisierte Studienplatzvergabesystem durch die ZVS hat sich als unnötig bürokratisch erwiesen. Es ist daher abzuschaffen. Über die Vergabe von Studienplätzen sollen vielmehr die Universitäten selbst entscheiden. Dies fördert die Freiheit der Hochschulen und den Wettbewerb dieser untereinander. Um einen besseren Überblick für Studieninteressierte bei der Auswahl ihres Faches zu ermöglichen, ist das Angebot an Studientagen für Schüler der Sekundarstufe II in Zusammenarbeit mit den Hochschulen auszuweiten.

Akademische Lehre

Die Vermittlung akademischen Wissens erfordert ausgeprägte didaktische Fähigkeiten der Lehrenden. Daher gebührt der Optimierung der akademischen Lehrtätigkeit besondere Aufmerksamkeit. Bereits bestehende Angebote und Anreize zur hochschuldidaktischen Fortbildung der Lehrenden sollen ausgebaut werden.

Anteil von Frauen in der Wissenschaft erhöhen

Zwar stellen Frauen mittlerweile die Hälfte der Studierenden und ca. 40% der Promovierenden, bei den Habilitationen und der Besetzung von Professuren sind sie allerdings immer noch stark unterrepräsentiert. Die Verfahren, die den Zugang zum Doktorstudium und die Besetzung von Professorenstellen regeln, müssen daher transparenter werden; nur so können dem weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchs die gleichen Chancen eingeräumt werden wie dem männlichen. Um den Anteil von Frauen an den Professuren, der derzeit bei nur ca. 15% liegt, in absehbarer Zeit zu erhöhen, soll außerdem geprüft werden, inwieweit dies durch Selbstverpflichtungen von Hochschulen, Zielvereinbarungen oder durch finanzielle Anreizsysteme erreicht werden kann."

Fachkräftemangel

Um dem gestiegenen Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften vor allem in technischen Berufen zu begegnen bzw. künftig vorzubeugen, müssen verstärkt Anstrengungen unternommen werden, Schülerinnen und Schüler für die Aufnahme eines Studiums in den so genannten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) zu begeistern. Um das Interesse für Technik und naturwissenschaftliche Zusammenhänge bei Kindern zu wecken, müssen die Erzieherinnen, Erzieher und die Fachlehrer entsprechend qualifiziert und weitergebildet werden. Außerdem soll in den MINT-Fächern die Zahl Dualer Studiengänge in Kooperation von Hochschulen und Unternehmen ausgeweitet werden. Darüber hinaus sollen Hochschulen und Unternehmen

angehalten werden, der Diskriminierung von Frauen in MINT-Fächern entgegenzuwirken, um die Absolventinnen nicht in fachfremde, nicht-technische Berufe zu drängen.

Familienfreundliche Hochschule

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und des zu erwartenden Fachkräftemangels, wird Familienorientierung für die Hochschulen in Deutschland zu einem wichtigen Argument im Wettbewerb um Studierende und wissenschaftliches Personal.

Hochschulen sind nicht nur Arbeits- und Ausbildungsstätte, sondern auch Lebensraum und für viele Jahre ein Ort, an dem die Weichen für die Lebensplanung gestellt werden. Damit kommt den Hochschulen eine besondere Verantwortung zu. Sie können für hoch qualifizierte Menschen und potenzielle Eltern günstige Voraussetzungen schaffen, in dieser Lebensphase eine Familie gründen zu können. Studierende und junge Akademikerinnen und Akademiker finden bislang jedoch bei der Familiengründung noch wenig Unterstützung im Umfeld ihrer Hochschule.

Deshalb muss in Anlehnung der in der Wirtschaft weithin propagierten "work life balance", auch im Hochschulbereich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter vorangetrieben werden. Die FDP Niedersachsen setzt sich für eine verstärkte Unterstützung vorhandener Auditverfahren und Fördermaßnahmen ein. Die Erweiterung bereits bestehender lokaler Bündnisse, als auch die Förderung innovativer Konzeptideen in diesem Bereich sollte mit Hilfe durchdachter politischer Rahmenbedingungen Unterstützung finden.

Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses

Die neue Studienstruktur bietet viele Chancen, die heute zum Teil noch nicht genutzt werden. Bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses sind jedoch auch Zielkonflikte deutlich geworden.

Das Ziel, den Bachelor als zügigen, berufsorientierten ersten akademischen Abschluss zu etablieren, ist in Konflikt geraten mit der angestrebten höheren (auch internationalen) Mobilität der Studierenden. Denn diese Mobilität kostet Zeit. Das Ziel des einheitlichen europäischen Hochschulraumes mit verlässlicher Anerkennung von Studienleistungen bei Hochschulwechsel ist weder national noch international näher gerückt. Das starre Korsett des studienbegleitenden Abprüfens von Wissen ist nicht für alle akademischen Ausbildungsgänge in gleicher Weise geeignet.

Statt den Hochschulen und ihrer vermeintlichen Autonomie die Verantwortung für Mängel bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses zu geben, regt die FDP an, die Landesregierung möge eine Kommission einsetzen, die zeitnah eine unvoreingenommene Bestandsaufnahme der Probleme durchführt und Lösungsvorschläge erarbeitet. Die Kommission sollte sich aus folgenden Mitgliedern zusammensetzen: Landeshochschulkonferenz, Wissenschaftliche Kommission Niedersachsen, Akkreditierungsagenturen sowie Vertreter von Studierenden.

Die FDP Niedersachsen hält es für wichtig, dass die Studiendauer von Bachelor- und Masterstudiengängen flexibilisiert wird. Die Gesamtstudiendauer von zehn Semestern ist allerdings aufgrund des internationalen Wettbewerbs beizubehalten. Studieninhalte und zu erwerbende Kompetenzen sind konsequent danach auszugestalten, was bei der späteren Tätigkeit gefordert wird. Außerdem setzt sich die FDP dafür ein, berufsbegleitende, duale und Teilzeit-Studiengänge auszubauen.

Die FDP Niedersachsen stellt fest, dass es nun zunächst darum geht, die in die Bachelor-Master-Strukturen umgestellten Fächer gründlich zu analysieren und anschließend Korrekturen vorzunehmen. Erst dann sind weitere Übertragungen auf Bereiche wie Rechtswissenschaften oder Medizin möglich.

Öffentliche und Private Hochschulen

Wir unterstützen öffentliche und private Hochschulen